



N i e d e r s c h r i f t

17. Öffentliche Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.07.2010
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 22:25 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Zylka, Winfried, Kreispräsident ab 18:35 Uhr (TOP 2)
Herr Säker, Peter, 1. stv. Kreispräsident
Frau Albert, Bettina
Herr Brauer, Sven-Hilmer
Frau Brocks, Simone
Herr Bülow, René
Herr Buthmann, Jörg
Herr Dieck, Claus Peter ab 18:25 Uhr (TOP 3)
Herr Dingeldein, Gottlieb
Frau Glage, Annette
Herr Gloger, Peter
Frau Grote, Doris
Frau Hahn-Fricke, Angelika
Frau Hauschildt, Helga
Herr Miermeister, Joachim
Herr Mohr, Wilfried
Frau Rathje-Hoffmann, Katja ab 18:55 Uhr (TOP 3)
Herr Scheiwe, Hans-Jürgen
Herr Dr. Schuckart, Manfred
Herr Schulz, Dietmar
Herr Völker, Carsten Ulrich
Frau von der Mühlen, Dagmar ab 19:55 Uhr (TOP 4)
Herr Wengler, Wilfried ab 19:15 Uhr (TOP 4)
Frau Altenhöner, Jutta
Herr Beeth, Rudolf G.
Frau Brüggemann, Diane
Herr Bruß, Volker
Herr Busch, Gerd-Rainer

Herr Ehlers, Marc-André
Herr Köpke, Tobias
Frau Lange, Ulla
Frau Lessing, Edda
Frau Marcussen, Rita
Frau Olef, Ingrid
Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen
Herr Wagner, Alexander
Herr Wilken, Arnold
Frau Würfel, Lore
Herr Behm, Joachim
Herr Eberhard, Klaus-Peter
Herr Dr. Muschke, Manfred
Herr Schnabel, Wolfgang
Herr Schroeder, Klaus-Peter
Herr Curdt, Dietmar
Herr Gutenschwager, Arne
Herr Hansen, Arne
Frau Reinders, Anette
Herr Stoltenberg, Peter
Herr Trapp, Jörg
Herr Kittler, Heinz-Michael
Herr Lübbers, Hermann
Herr Böttcher, Renee
Frau Pawlik, Anke, Kreissenorenbeirat
Herr Hoffmann, Behindertenbeauftragter
Frau Landrätin Hartwig
Damen und Herren FBLs
Herr Bügling, FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Frau Maletz-Diestelkamp, Gleichstellungsbeauftragte
Frau McGregor, FDL Ressourcen Management/Finanzen
Herr Schmidt, Unterhaltung und Ausbau von Straßen
Herr Stankat, FDL Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Kultur
Herr Wolf, FDL Rechtsangelegenheiten, Kommunalaufsicht
Herr Eickstädt, Protokollführer

Abwesende:

Frau Jahn, Rosemarie, 2. stv. Kreispräsidentin	entschuldigt
Frau Algier, Ute	entschuldigt
Herr Barkowsky, Kurt	entschuldigt
Herr Berg, Arne-Michael	entschuldigt
Frau Mattheus, Marion	entschuldigt
Herr Wulf, Henning	entschuldigt
Herr Krause, Klaus-Jürgen	entschuldigt
Frau Loedige, Katharina	entschuldigt

Herr Schulz, Raimund	entschuldigt
Herr Murawski, Volker	entschuldigt
Herr Petersen, Helge	entschuldigt
Herr Dose, Joachim	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Bericht des Behindertenbeauftragten
- 3 Zukünftige Aufgabenwahrnehmung des Straßenbetriebsdienstes für die Kreisstraßen
Vorlage: DrS/2010/073
- 4 Demografischer Wandel
- 4.1 Erstellung eines Leitfadens des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf das Erwerbspersonenpotential
Antrag Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2010/034
- 4.2 Entwicklung eines Leitbildes zum demografischen Wandel
Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2010/069
- 5 Evaluation und Fortführung der Familienbüros
Vorlage: DrS/2010/045
- 6 Kreisrichtlinie zur Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule
1. Fortführung der Richtlinie über den 31.07.2010 hinaus
2. Anregung der PSAG Bad Segeberg zur Erweiterung der Richtlinie für Grundschulen
Vorlage: DrS/2010/063
- 7 Bildung einer Archivgemeinschaft Segeberg ab dem 01.01.2011
Vorlage: DrS/2010/066
- 8 Projekt Übergang Schule und Beruf des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit
Vorlage: DrS/2010/071
- 9 Resolution Kinderzukunft
Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2010/053
- 10 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes ISE vom 05.07.2007 in § 2
Vorlage: DrS/2010/046
- 11 Genehmigung der Eröffnungsbilanz ISE 2008
Vorlage: DrS/2010/054

- 12 Genehmigung des Jahresabschlusses 2008 der ISE
Vorlage: DrS/2010/055
- 13 Gewinnverwendung Jahresabschluss ISE - Eigenbetrieb - 2008
Vorlage: DrS/2010/051
- 14 Aktuelle Fragezeit
- 15 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der stellv. Kreispräsident Säker eröffnet die 17. Sitzung des Kreistages. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zum Protokollführer bestellt er Herrn Eickstädt. Er informiert, dass der Kreispräsident sich wegen einer Bahnverspätung ca. 30 Minuten verspäten werde und er solange die Sitzung leiten werde. Anschließend begrüßt er die anwesenden Gäste.

Zur Tagesordnung beantragt Herr Beeth die Absetzung der Tagesordnungspunkte 10, 11, 12 und 13. Er kritisiert, dass die Bilanz erst heute als Tischvorlage verteilt worden sei und ihm der Prüfvermerk nicht bekannt sei. Herr Schnabel erklärt dazu, dass diese Themen ebenfalls in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses beraten worden seien und dieser habe die Punkte beschlossen. Die Landrätin ergänzt, dass am 31.05.10 die Schlussbesprechung stattgefunden habe und dort Abgeordnete aus allen Fraktionen vertreten gewesen seien. Anschließend stellt der stellv. Kreispräsident den Antrag von Herrn Beeth zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 25 Ablehnung: 22 Enthaltung: -

Herr Wilken beantragt die Tagesordnung um den Punkt ‚Resolution: Erhalt der Universität Lübeck‘ zu erweitern und begründet diesen Antrag. Der stellv. Kreispräsident führt aus, dass die Tagesordnung daneben um den Punkt ‚Resolution zum Landesentwicklungsplan‘ erweitert werden müsste, da dieser in der letzten Sitzung nicht mehr beraten werden konnte. Für beide Punkte wird die erforderliche 2/3 Mehrheit nicht erreicht. Damit wird die Tagesordnung nicht um diese Punkte erweitert.

Herr Wilken erklärt anschließend, dass die vier beantragten Fraktionen den Resolutionsentwurf zum Erhalt der Universität Lübeck zu ihrer fraktionseigenen Resolution machen würden und diese an die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck und die Leitung der Universität Lübeck geben würden. Gleichzeitig würden sie darauf hinweisen, dass die Fraktionen von CDU und FDP nicht bereit gewesen seien sich solidarisch zu erklären.

Die Punkte der Tagesordnung werden wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Bericht des Behindertenbeauftragten

Der Behindertenbeauftragte des Kreises berichtet über seine Arbeit. Dabei verweist er auf einen aktuellen Fall. Zu seiner Arbeit führt er aus, dass er im Großen und Ganzen mit den Arbeitsbedingungen zufrieden sei, jedoch werde er aus seiner Sicht von der Kreisverwaltung teilweise nicht rechtzeitig oder gar nicht beteiligt. Daneben wünsche er sich eine Präzisierung seiner Auf-

gaben. Dazu erklärt Frau Altenhöner, dass sie diese Thematik im Sozialausschuss behandeln werde.

Kreispräsident Zylka übernimmt die Sitzungsleitung.

zu 3 Zukünftige Aufgabenwahrnehmung des Straßenbetriebsdienstes für die Kreisstraßen
Vorlage: DrS/2010/073

Herr Beeth (SPD) führt aus, dass es für ihn noch Unklarheiten bei dieser Thematik gebe. Ursprünglich sei geplant gewesen den Bauhof des Kreises personell abzuschmelzen und das Personal beim WZV einzusetzen. Aus dem vorliegenden Schreiben des Innenministeriums gehe hervor, dass dieses nicht möglich sei. Somit sei die ursprünglich geplante Einsparung nicht erzielbar. Für ihn sei unklar, ob dies bedeute, dass die Kostenrechnung für den Bereich des Bauhofes geändert werden müssen. Er bitte um Klärung, wie sich dieses formal juristisch verhalte.

Herr Curdt (B90/Die Grünen) erläutert, dass die Mitarbeiter des Kreises durch einen Beschluss, wie vom Hauptausschuss empfohlen, zu Erfüllungsgehilfen des WZV werden würden. Daneben gebe der Kreis die Verantwortung für die Kreisstraßen an den WZV ab, trage aber weiterhin das Risiko. Seine Fraktion werde der Empfehlung des Hauptausschusses daher nicht zustimmen.

Herr Ehlers (SPD) kritisiert, dass der Fachausschuss bei diesem Thema nicht beteiligt worden sei. Dieser müsse über die Konsequenzen der einzelnen Varianten beraten.

Herr Dingeldein (CDU) stimmt Herrn Ehlers zu. Dieses Thema solle zuerst in den Fachausschuss, anschließend habe der Hauptausschuss lediglich die Aufgabe zu koordinieren. Er habe daher kein Problem damit dieses Thema zunächst an den Fachausschuss zu verweisen. Gleichzeitig betont er, dass die CDU-Fraktion sich für die Form einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ ausspreche.

Abschließend betonen alle Fraktionen und die Landrätin, dass sie Vertrauen in den WZV haben würden. Danach stellt der Kreispräsident den Verfahrensvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Thematik wird an den Ausschuss für Umwelt-Natur- und Klimaschutz verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 48 Ablehnung: 2 Enthaltung: -

zu 4 Demografischer Wandel

Beide Anträge zu diesem Thema sollen gemeinsam unter diesem Tagesordnungspunkt beraten werden.

Herr Kittler (Die LINKE) erklärt einfühend, dass sich die Arbeitnehmerschaft im Kreis seit Antragstellung um weitere ca. 60 Personen verringert habe. Demografische Veränderungen habe es immer gegeben. Jedoch würden in den nächsten 18 Jahren in Deutschland über 3,5 Mio. Menschen vom Arbeitsmarkt verschwinden. Diese Zahlen werden von den Akteuren auf den Arbeitsmarkt jedoch häufig nur entsprechend deren Interessen interpretiert und kommuniziert. Bezogen auf den Kreis Segeberg würde sich eine ähnliche Entwicklung ergeben. Um in diesem Bereich Klarheit zu bekommen brauche der Kreis einen fortzuschreiben Leitfaden, der mit den konkreten Zahlen des Kreises hinterlegt werde. Dies sei nötig für die vorausschauende Planung, für Infrastruktur und Daseinsvorsorge, für die Personalentwicklung der Betriebe und für die drei Jobcenter im Kreis. Er bitte daher um Zustimmung. Gleichzeitig erklärt er, dass der Antrag im Gesamtkontext mit dem Antrag der SPD-Fraktion abgehandelt werden könne.

Herr Sass-Olker (SPD) führt aus, dass das Thema bereits in den vergangenen Jahren in den

Gremien beraten worden sei; er begrüße es, dass es nun im Kreistag behandelt werde. Auf Initiative der SPD-Fraktion habe das Thema Einzug in das Strategische Management des Kreises gefunden. Der bestehende Leitfadens zum Älterwerden im Kreis Segeberg gehe in die richtige Richtung, greife jedoch zu kurz. Der neue Landesentwicklungsplan gebe zum Teil Antworten zum demografischen Wandel; es sei davon auszugehen, dass die Regionalplanung ebenfalls entsprechend darauf reagiere. Abschließend zitiert er eine Broschüre des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zu diesem Thema. Zur Finanzierung führt er aus, dass Prioritäten gesetzt werden müssten. Er bittet um Zustimmung zu dem Antrag seiner Fraktion.

Frau Lessing (SPD) verweist auf den bestehenden Leitfadens zum Älterwerden im Kreis Segeberg. Dieser sei jedoch zu sehr auf den Bereich Pflege ausgerichtet. Daher solle dieses mit einem Leitfadens zum demografischen Wandel ausgedehnt werden. Es solle auch nicht nur auf Arbeitsplätze ausgerichtet werden. Es gehe um den gesamten Binnenwanderungsbereich und die zukünftigen Generationen. Es sei höchste Zeit ein Leitbild dafür zu entwickeln, die Kommunen würden darauf warten, damit sie entsprechend danach handeln können.

Herr Dr. Muschke (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion den vorliegenden Anträgen nicht zustimmen werde. Grund dafür sei nicht, dass die FDP das Thema nicht als wichtig betrachten würde oder grundsätzlich anderer Auffassung sei, sondern weil die Anträge entschieden zu spät kommen würden. Es gebe inzwischen bereits eine große Anzahl entsprechender Leitfadens. Er verweist dazu auf die Ergebnisse seiner Recherchen zu diesem Thema. Alle Aspekte seien darin bereits ausführlich erörtert worden. Die Broschüre der Landesregierung biete den Kommunen eine Checkliste, auf welche Fragen die Kommune Antworten finden müssten, um für dieses Thema gerüstet zu sein. Daneben gebe es aus seiner Sicht in der Verwaltung keine Kapazitäten mehr um dieses Thema zu bearbeiten. Die Verwaltung solle daher von Aufgaben verschont werden, die den Kreis nicht weiterbringen würden.

Herr Sass-Olker (SPD) weist dazu darauf hin, dass jede Kommune ihren eigenen Weg finden müsse und der Kreis diesen bisher nicht gefunden habe. Dazu führt Herr Dr. Muschke (FDP) aus, dass der Regionalbezug in dem Leitfadens des Landes vorhanden sei.

Die Landrätin erklärt zu diesem Thema, dass die Verwaltung dazu an mehreren Stellen entsprechende Daten habe und diese selbstverständlich bei Entscheidungen berücksichtige.

Herr Dingeldein (CDU) stimmt Frau Lessing zu, dass es beim demografischen Wandel nicht ausschließlich um alte Menschen gehe. Aber der Kreis Segeberg habe das Strategische Management und dort werde der demografische Wandel stets berücksichtigt. Aus den vorliegenden Anträgen gehen nicht hervor, warum es geboten sei diese jetzt zu beschließen. Die Thematik werde im Rahmen des Strategischen Managements weiter bearbeitet. Es sei einer der wichtigsten Veränderungstreiber. Daneben sollten auch die Fachausschüsse dieses Thema bei ihren Entscheidungen berücksichtigen. Die vorliegenden Anträge werde die CDU-Fraktion ablehnen. Aus Sicht der CDU sei ein solcher Leitfadens für den Kreis Segeberg neben dem Strategischen Management nicht erforderlich.

Frau Alenhöner (SPD) führt aus, dass sie überrascht sei, dass es zu diesem Punkt eine solche Debatte gebe. Das Strategische Management sei der Auslöser dafür, dass dieses Thema in den Fokus gerückt sei. Anschließend habe die Verwaltung einen Leitfadens für den Bereich des Älterwerdens erstellt. Für den guten Leitfadens danke sie der Verwaltung. Auch das Land habe bestätigt, dass es damit erstmal gelungen sei eine Vernetzung zu den Orten in der Fläche herzustellen. Daneben habe der Kreis die Aufgabe in diesem Bereich Vorarbeiten für die Kommunen zu übernehmen und es sei ebenfalls wichtig, dass in Vorlagen die Berücksichtigung des demografischen Wandels dargestellt werde. Es gelte nun, das, was mit dem Leitfadens zum Älterwerden angefangen wurde, in allen Bereichen weiterzuentwickeln. Daher bitte sie um Zustimmung.

Frau Lessing (SPD) erläutert, dass die bereits vorhandene Literatur zu diesem Thema lediglich Grundlage sein könne. Daraus müsse der Kreis Erkenntnisse ziehen und Ziele ableiten. Daneben sehe sie die Selbstverwaltung in der Verantwortung diesen Leitfadens zu erarbeiten, nicht

die Verwaltung. Der Kreistag habe die Pflicht den gesamten Kreis im Blick zu haben und ihn auf dieses Thema vorzubereiten.

Herr Säker (SPD) betont, dass es sich bei dem demografischen Wandel um ein Schwerpunktthema handle, welches nicht wegdiskutiert werden könne. Der demografische Wandel würde geschehen und der Kreis müsse sich mit den Konsequenzen befassen, um sich darauf einstellen zu können oder gegensteuern zu können. Der Kreis müsse aus den vorhandenen Unterlagen das raussuchen, was für ihn entscheidungsrelevant sei.

Herr Zylka (CDU) erklärt, dass er überrascht von der kontroversen Debatte sei. Auch er betont, dass der Kreis aus den vorhandenen Materialien das zusammentragen müsse, was nötig sei, damit er sich konkret mit den Auswirkungen auf den Kreis Segeberg befassen zu können. Einige Faktoren des demografischen Wandel könne der Kreis nicht beeinflussen, jedoch gebe es auch Faktoren, die durchaus beeinflussbar seien. Dafür müsse der Kreis wissen, welches diese Faktoren seien und welche Bedeutung diese hätten. Seine Bitte sei, dass der Kreistag sich bei diesem Thema nicht zerstreite, sondern die vorhandenen Informationen bündle und eine Perspektive entwickle.

Herr Behm (FDP) begrüßt ,dass das Thema den Kreistag bereits beschäftige. Daneben sei in der Broschüre des Landes alles zu diesem Thema regional aufgeschlüsselt. Die Zahlen seien bis in die nächsten Jahrzehnte für den Kreis dargestellt. Die Gemeinden würden sich auch bereits seit längerem mit diesem Thema befassen. Das, was die Anträge auf den Weg bringen wollen, sei bereits auf den Weg gebracht worden. Es gebe keine Notwendigkeit für den Kreis einen weiteren Leitfaden zu erstellen, welcher anschließend aufwendig fortgeschrieben werden müsse.

Herr Miermeister (CDU) erklärt, dass der Kreis bereits alles unternehme, um dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen. Unter anderem werde der Kreis eine neue Wirtschaftsentwicklung installieren. Sollte der Kreis den beantragten Leitfaden erstellen, würde er nur bereits vorhandene Informationen neu zusammentragen. Das Thema sollten in den Ausschüssen weiter beraten werden.

Herr Ehlers (SPD) wirbt dafür, bei diesem Thema nicht auseinander zu driften. Es gehe nicht nur darum die Zahlen beim demografischen Wandel zu kennen. Durch die Lagegunst werde der Kreis nicht so hart getroffen. Er verweist auf Mecklenburg Vorpommern. Dort habe bereits auf den demografischen Wandel reagiert werden müssen. Dies komme auf den Kreis Segeberg auch zu, daher sei es sinnvoll, rechtzeitig vorher dieses Thema aktiv zu bearbeiten.

Frau Lessing (SPD) bittet darüber abstimmen zu lassen, die vorliegen Anträge in die Fachausschüsse zu verweisen. Daneben bittet Herr Sass-Olker darum, ebenfalls darüber abzustimmen, dass im zweiten Halbjahr 2010 ein Kreistagsforum zu diesem Thema durchgeführt werde. Diese Punkte stellt der Kreispräsident anschließend getrennt zur Abstimmung. Die Antrag stellenden Fraktionen erklären, dass sich die Abstimmung über die eigentlichen Anträge damit erledigt hätte.

Beschlussvorschlag:

Es findet in der zweiten Jahreshälfte 2010 ein Kreistagsforum zum demografischen Wandel statt.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 26 Enthaltung: -

Beschlussvorschlag:

Die vorliegenden Anträge werden an die Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt
Zustimmung: 26 Ablehnung: 26 Enthaltung: -

Pause von 20:00 Uhr – 20:20 Uhr.

zu 4.1 Erstellung eines Leitfadens des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf das Erwerbspersonenpotential
Antrag Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2010/034

Unter TOP 4 beraten.

zu 4.2 Entwicklung eines Leitbildes zum demografischen Wandel
Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2010/069

Unter TOP 4 beraten.

zu 5 Evaluation und Fortführung der Familienbüros
Vorlage: DrS/2010/045

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg bietet den im Beratungswesen tätigen freien Angebotsträgern eine Verlängerung der bestehenden Verträge der Familienbüros ohne Veränderung der Konditionen um ein Jahr bis zum 31.12.2011 an.

Die Beratungsangebote sollen ab dem 01.01.2012 im gesamten Kreisgebiet gebündelt angeboten werden.

Hierfür erstellt die Verwaltung bis zum 31.10.2010 ein Umsetzungskonzept.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 52 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 6 Kreisrichtlinie zur Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule
1. Fortführung der Richtlinie über den 31.07.2010 hinaus
2. Anregung der PSAG Bad Segeberg zur Erweiterung der Richtlinie für Grundschulen
Vorlage: DrS/2010/063

Herr Busch (SPD) führt aus, dass es Ziel des Trägers der Jugendhilfe sein müsse, die Jugendlichen möglichst früh zu erreichen, um so später teure Einzelfallhilfen zu vermeiden. Der Jugendhilfeausschuss habe einstimmig empfohlen die Richtlinie unbefristet fortzuführen. Gleichzeitig solle der Beschluss zur Mahlzeitenförderung weiterhin gelten. Trotz der Mahlzeitenförderung gebe es noch immer Schüler, die nicht an der Mittagsverpflegung teilnehmen würden. Hier sie die Verwaltung gefordert ein Verfahren zu finden, um alle Schüler zu erreichen. Der Hauptausschuss habe empfohlen die Richtlinie nur für das erste Schulhalbjahr zu verlängern. Er bitte darum, den Zeitraum zumindest bis zum 31.07.10 zu erweitern, sofern es keine Mehrheit für die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses geben sollte.

Frau Reinders (B90/Die Grünen) erklärt, dass sie irritiert über die heute vorliegende Empfehlung des Hauptausschusses sei. Aus ihrer Sicht sei diese Thematik nach der einstimmigen Empfehlung des Jugendhilfeausschusses bereits klar gewesen. Bei der Arbeitsweise im Kreistag und zwischen den Ausschüssen sehe sie Optimierungsbedarf. Durch den Beschluss des Hauptausschusses fühle sie sich als Fachpolitikerin nicht ernst genommen. Sie stimme den Ausführun-

gen von Herrn Busch zu. Die Befristung der Richtlinie sei der erste Schritt dahin, diese ganz abzuschaffen. Durch die Empfehlung des Hauptausschusses werde Unsicherheit bei der Bevölkerung geschaffen und die Probleme des Kreises nicht gelöst. Dies gelte für fast alle Konsolidierungsvorschläge des Kreises. Die Kreise müssten sich gemeinsam überlegen, wie sie gegenüber dem Land und dem Bund auftreten könnten, um grundsätzlich etwas an der Situation zu ändern. Abschließend bittet sie darum, zumindest dem Vorschlag von Herrn Busch zu folgen, sollte es keine Mehrheit für die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses geben.

Frau Hahn-Fricke (CDU) betont, dass Schulsozialarbeit wichtig sein. Angesichts der der wachsenden Anzahl schulmüder Jugendlicher und der steigenden Bedeutung von Schulabschlüssen gewinne diese noch an Bedeutung. Dabei würden Defizite im Erziehungsbereich vor allem im Elternhaus und im sozialen Umfeld entstehen. Dieses erstreckte sich auf alle sozialen Schichten. Der Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule sei daher von großer Bedeutung. Sie dankt in diesem Zusammenhang allen Beteiligten für die bisherige Zusammenarbeit in diesem Bereich. Die weitere Zusammenarbeit benötige tragfähige örtliche Strukturen. In Anbetracht der Haushaltslage des Kreises werde die CDU-Fraktion der Empfehlung des Hauptausschusses folgen.

Herr Schroeder (FDP) sagt, er sei ebenfalls irritiert über die Entscheidung des Hauptausschusses. In den vergangenen Jahren habe Einigkeit im Kreistag zur Bedeutung der Richtlinie bestanden. Wenn die Richtlinie auf Grund der Haushaltslage befristet werden solle, sei die FDP-Fraktion bereit darüber zu diskutieren, solange nicht an den Inhalten gerüttelt werden solle. Er habe Probleme mit einer Befristung nur bis zum 31.01.2011. Persönlich würde er eine Befristung bis zum 31.07.10 bevorzugen. Er bittet um eine Auszeit für die FDP-Fraktion, um dieses beraten zu können..

Frau Hauschildt (CDU) betont, dass es sich bei dem Projekt um ein Erfolgsmodell handle. Die Schulträger seien davon überzeugt. Sollte der Kreis die Mittel dafür reduzieren, gehe sie davon aus, dass die jeweiligen Schulträger diesen Anteil aus eigenen Mitteln auffangen würden, um das Projekt fortführen zu können.

Frau Reinders (B90/Die Grünen) führt aus, dass sie nicht glaube, dass die Schulträger sich so verhalten würden. Daneben wirbt sie für den von Herrn Busch eingebrachten Kompromissvorschlag, um für ein komplettes Jahr Verlässlichkeit für die Schulen zu bieten.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Herrn Behm (FDP) und Frau Altenhöner (SPD) macht der Kreistag eine Auszeit zur Beratung.

Pause von 20:55 Uhr – 21:15 Uhr.

Anschließend stellt der Kreispräsident zunächst die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Fortführung der Kreisrichtlinie zur Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule über den 31.07.2010 hinaus. Für die Projektförderung gem. Richtlinie werden jährlich weiterhin 200.000 EUR, für die Mahlzeitenförderung gem. Richtlinie weiterhin jährlich 50.000 EUR bereitgestellt. Eine allgemeine Erweiterung der Richtlinienförderung auf den Grundschulbereich kann aus finanziellen Gründen nicht erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und ggfs. wie die für die Umsetzung der Kreisrichtlinie zur Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule eingesetzten Haushaltsmittel ab dem Jahr 2012 zweckgebunden in die geplanten Sozialraumbudgets eingebunden werden können.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 24 Ablehnung: 28 Enthaltung: -

Danach stellt der Kreispräsident den Kompromissvorschlag von Herrn Busch zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Fortführung der Kreisrichtlinie zur Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule über den 31.07.2010 hinaus bis zum 31.07.2011. Danach erfolgt die Fortführung unter Berücksichtigung des noch zu fassenden Kreistagsbeschlusses zur Haushaltskonsolidierung. Eine allgemeine Erweiterung der Richtlinienförderung auf den Grundschulbereich kann aus finanziellen Gründen nicht erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und ggfs. wie die für die Umsetzung der Kreisrichtlinie zur Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule eingesetzten Haushaltsmittel ab dem Jahr 2012 zweckgebunden in die geplanten Sozialraumbudgets eingebunden werden können.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 32 Ablehnung: 19 Enthaltung: 1

zu 7 Bildung einer Archivgemeinschaft Segeberg ab dem 01.01.2011 Vorlage: DrS/2010/066

Herr Mohr (CDU) erläutert dem Kreistag die Beratungen des BKS-Ausschusses zu diesem Thema. Mit dem heutigen Beschluss werde sich der Kreis zukünftig gesetzeskonform verhalten. Seit dem Jahr 2000 bestehe bereits die Pflicht diese Aufgabe wahrzunehmen. Bisher habe der Kreis dies nicht getan, obwohl es sich dabei um eine nicht unbedeutende Aufgabe handle. Der Heimatverein habe wiederholt auf die Wahrnehmung dieser Aufgabe hingewiesen. Er habe dazu ein Positionspapier erarbeitet. Dieses und die gute Verwaltungsvorlage waren die Grundlage für die Beratungen im Fachausschuss. Der Ausschuss habe darüber hinaus empfohlen, dass weitere Kooperationen untersucht werden sollen. Er bitte darum der Empfehlung des Ausschusses zu folgen. Er würde es begrüßen, wenn sich interessierte ehrenamtliche Kräfte einbringen würden und der projektbezogene Einsatz geförderter Beschäftigungsmaßnahmen genutzt werde.

Herr Schnabel (FDP) führt aus, dass es bisher ein negatives Alleinstellungsmerkmal des Kreises gewesen sei, kein Archivwesen zu haben. Er sei zufrieden, dass dieses Thema nun bearbeitet werde. Dafür danke er insbesondere dem Heimatverein. Es sei in Ordnung, dass nun die günstigste, aber doch effektive Lösung gewählt werde. Er werde der Empfehlung des Ausschusses zustimmen.

Frau Lessing (SPD) dankt der Verwaltung für die gute Vorlage zu dieser Thematik. Sie zeige die Notwendigkeit eines Archivwesens auf. Den Ausführungen von Herrn Mohr zu den Beratungen im BKS-Ausschuss könne sie zustimmen. Bei den aufgezeigten Alternativen bleibe nur die heute zu beschließende Lösung. Die SPD-Fraktion werde der Empfehlung zustimmen.

Der Kreispräsident stellt die Empfehlung des BKS-Ausschusses zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, mit Wirkung zum 01.01.2011 die Bildung einer Archivgemeinschaft zwischen dem Kreis Segeberg und der Stadt Bad Segeberg durch Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags anzustreben. Die Verwaltung wird mit den Vorbereitungen dazu beauftragt. Weitere Kooperationen – auch mit anderen Kreisen – sollen untersucht werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 52 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 8 Projekt Übergang Schule und Beruf des Ministeriums für Arbeit, Soziales und

Gesundheit
Vorlage: DrS/2010/071

Frau Altenhöner (SPD) betont einfürend, dass der Kreis für dieses Projekt keine eigenen finanziellen Mittel aufwenden müsse. Die Finanzierung seitens des Landes sei gesichert und eine entsprechende Zusage liege vor. Das Projekt sei auf Jugendliche mit Behinderung ausgerichtet und wolle es diesen Jugendlichen ermöglichen, eine Tätigkeit außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderung wahrzunehmen, und ihnen die Chance geben, einen Beruf in der freien Wirtschaft zu erlernen. Das Projekt wolle die Strukturen dafür verbessern, es erstrecke sich auf einen Zeitraum von drei Jahren. Bisher hätten 22 Schüler aus dem Kreis daran teilgenommen. Für die Zeit des Projektes werde eine vorhandene Stelle aufgestockt. Sie bittet um Zustimmung zu der Vorlage.

Der Kreispräsident stellt die Vorlage ohne weitere Aussprache zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ab 01.01.2011 bis 30.06.2014 die kommunale Koordination für das Projekt Übergang Schule Beruf übernehmen, soweit das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales dafür Projektmittel zur Verfügung stellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 51 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 9 Resolution Kinderzukunft
Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2010/053

Herr Busch (SPD) führt aus, dass die SPD-Fraktion und die Mehrheit des Jugendhilfeausschusses die vorliegende Resolution unterstützen würden. Die Änderung des Kindertagesstättengesetzes lehne die SPD-Fraktion ab. Bisher habe fraktionsübergreifend Einigkeit bestanden, dass Kitaförderung im letzten Jahr vor der Einschulung und die Bildung in den Schulen unabhängig vom Einkommen der Eltern erfolgen solle. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Norderstedt habe entschieden, dass in Norderstedt das dritte beitragsfreie Kitajahr erhalten bleibe. Mit der Wiedereinführung der Kitagebühren sei ein bildungspolitischer Konsens aufgeben worden und die Eltern würden landesweit mit insgesamt 35 Mio. Euro an der Kitafinanzierung beteiligt werden. Davon wolle das Land lediglich 10 Mio. Euro pro Jahr in die Landeszuschüsse einfließen lassen. Um zukünftig für alle Kinder gute Startbedingungen zu schaffen, werde der Kreis auch weiterhin mit steigenden Ausgaben im Kitabereich zu rechnen haben. Daneben kritisiert er den geplanten Stellenabbau im Bereich der Schulen. Es sei vielmehr geboten die Klassenfrequenz zu senken. Durch die Streichung des Landeszuschusses bei der Schülerbeförderung sehe die SPD-Fraktion eine erhebliche Minderung der Chancengleichheit. Abschließend betont er, dass es hier nicht seine Aufgabe sei alternative Einsparvorschläge zu machen. Er bittet um Zustimmung und beantragt namentliche Abstimmung.

Frau Hahn-Fricke (CDU) führt aus, dass das beitragsfreie Kindergartenjahr unter dem Vorbehalt eines ausgeglichen Haushaltes gestanden habe. Die CDU halte es für unverantwortlich, dass die heutigen Kinder die finanziellen Folgen solcher Maßnahmen in der Zukunft tragen sollen. Dieses habe mit Generationengerechtigkeit nichts zu tun. Daneben habe das Angebot nicht die gewünschten Zielgruppen erreicht. Es komme viel mehr auf die Ausbildung und Motivation der Mitarbeiter als auf die Beitragsfreiheit an. Daher erfolge zum nächsten Haushaltsjahr eine Anhebung der Landesförderung für die Betriebskosten von Kindertagesstätten von 60 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro. Damit würden den Trägern von Einrichtungen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Anschließend weist sie auf weitere Maßnahmen des Landes hin. Insgesamt sei eine Neustrukturierung der Kitafinanzierung notwendig. Daneben sei eine einheitliche Sozialstaffelregelung wichtig. Wer eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes fordere, müsse auch Zahlen nennen und ein Finanzierungskonzept vorlegen. Der Antrag der SPD-Fraktion sei

nicht nachvollziehbar und gehe völlig an der Realität vorbei.

Frau Rathje-Hoffmann (CDU) erklärt, dass sie über den Antrag der SPD-Fraktion erstaunt sei. Ab 2020 gelte die Schuldenbremse und es müsse nun gehandelt werden. Sie weist daraufhin, dass auch die SPD dieser zugestimmt habe. Daneben werden die Kommunen durch die Anhebung der Landesförderung von 60 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro entlastet. Das Land und der Kreis dürfen sich nicht weiter verschulden, denn dies müssten später die Kinder tragen. Es gehe um die Handlungsfähigkeit von Schleswig-Holstein.

Frau Altenhöner (SPD) kritisiert, dass das Land auf Kosten der Kinder gerettet werden solle. Es werde ein Jahr kostenlose Bildung gestrichen. Sie bestätigt, dass die Deckelung der Landesförderung auf 60 Mio. Euro jährlich keine gute Entscheidung gewesen sei, aber die Erhöhung um 10 Mio. Euro bei einer gleichzeitigen zusätzlichen Belastung der Eltern von 35 Mio. Euro reiche nicht aus. Die Streichung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres sei der falsche Weg.

Herr Schnabel (FDP) führt aus, dass die Entscheidung bereits gefallen sei. Diese Resolution hätte viel früher vorgelegt werden müssen. Aber nun habe der Landtag entschieden. In diesem Bereich würde es zwei Prinzipien geben. Zum einen sei Bildungsförderung gewünscht, zum anderen eine Entlastung der Kinder in der Zukunft. Eine Deckelung der Kosten sei bereits in der Vergangenheit erfolgt und das Diktat der leeren Kassen könne nicht weggewischt werden. Das Problem in diesem Bereich sei, dass es um die Kinder gehe, die selbst mit einem freien Kindergartenplatz nicht erreicht werden würden. Die Ursache sei, dass in vielen Familien keine Bildungsnähe vorhanden sei. In diesen Familien müsse ein Umfeld dafür geschaffen werden, was Bildung bedeute. Weiterhin erinnert er an die Diskussion um den Kauf der EVAK. Dort habe der Kreis etwas für die Jugendlichen getan und die SPD-Fraktion habe leidenschaftlich dagegen gekämpft. Die heutigen Ausführungen von Herrn Busch hätten ihn nicht überzeugt. Mehr Geld bedeutete nicht automatisch einen besseren Output. Die Zukunft müsse mit den richtigen Mitteln angegangen werden.

Herr Wilken (SPD) verweist auf eine Aussage, wonach die FDP auf dem Weg sei, ein Kindergartenjahr als Pflichtjahr einzuführen. Dies sei auch das Ziel der SPD und dieses solle beitragsfrei sein. In Bezug auf die EVAK kritisiert er, dass diese gekauft worden sei und nun CDU und FDP nicht die nötigen Mittel zur Sanierung bereitstellen würden. Abschließend weist er auf eine Aussage der Bundeskanzlerin hin, wonach bei Bildung nicht gespart werden dürfe.

Eine Abstimmung über diesen Punkt findet nicht mehr statt, da es bereits nach 22 Uhr ist und ab diesem Zeitpunkt keine Abstimmungen in politischen Angelegenheiten mehr erfolgen sollen.

**zu 10 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes ISE vom 05.07.2007 in § 2
Vorlage: DrS/2010/046**

TOP abgesetzt.

**zu 11 Genehmigung der Eröffnungsbilanz ISE 2008
Vorlage: DrS/2010/054**

TOP abgesetzt.

**zu 12 Genehmigung des Jahresabschlusses 2008 der ISE
Vorlage: DrS/2010/055**

TOP abgesetzt.

zu 13 Gewinnverwendung Jahresabschluss ISE - Eigenbetrieb - 2008

Vorlage: DrS/2010/051

TOP abgesetzt.

zu 14 Aktuelle Fragezeit

Herr Böttcher (Die Unabhängigen) bittet um Klärung, ob die Resolution zum Landesentwicklungsplan in der nächsten Sitzung automatisch auf der Tagesordnung stehe. Dies bestätigt der Kreispräsident. Gleichzeitig informiert er, dass zukünftig bei den nur eine Woche auseinander liegenden Kreistagssitzungen nur noch zu einer Sitzung eingeladen werden solle mit der Möglichkeit Tagesordnungspunkte zu vertagen, damit es nicht erneut zu einem solchen Fall wie in der heutigen Sitzung komme.

Frau Reinders (B90/Die Grünen) regt an, die Regeln zur Arbeit des Kreistages dahingehend anzupassen, dass nach 22 Uhr kein neuer Tagesordnungspunkt mehr aufgerufen werde. Der Kreispräsident führt dazu aus, dass man sich aktuell noch in einer Erprobungsphase befinde. Er nehme diese Anregung auf.

Herr Böttcher (Die Unabhängigen) weist auf den Antrag mehrerer Fraktionen zur Einberufung einer Kreistagssitzung im August hin und bittet um Stellungnahme, wie der Kreispräsident damit umgehen wolle. Der Kreispräsident führt aus, dass er dazu in den nächsten Tagen ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden führen wolle.

zu 15 Einwohnerfragestunde II

Frau Schmieder von der Kreiselternervertretung erklärt, dass sie es begrüße, dass heute kein Beschluss zu Tagesordnungspunkt 9 gefasst worden sei. So bestehe für alle Fraktionen die Gelegenheit sich weiter darüber zu informieren. Daneben würde sie eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte der Resolution begrüßen.

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Winfried Zylka
(Kreispräsident)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)